



Düsseldorf, 18.03.2009

Position der Stahlindustrie zur aktuellen Konjunktur-, Finanz- und Liquiditätskrise

I. Allgemeines Marktumfeld: Stahlmärkte im Sog der Konjunktur- und Liquiditätskrise

Deutschland ist der bedeutendste Stahlstandort in Europa und der sechstgrößte weltweit. Trotz eines außerordentlich schwachen Schlussquartals wurden im Jahr 2008 noch 45,8 Millionen Rohstahl - knapp ein Fünftel der insgesamt in der EU hergestellten Menge - produziert. Mit innovativen Produkten, hoher Kundenorientierung und einer intensiven Zusammenarbeit innerhalb der Wertschöpfungsketten haben die Stahlunternehmen in Deutschland erheblich zu den Exporterfolgen und der insgesamt positiven Entwicklung der europäischen und insbesondere der deutschen Industrie in den vergangenen Jahren beigetragen.

Seit Jahresbeginn haben sich die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise sowie des globalen Konjunkturabschwungs auf die Stahlmärkte weiter zugespitzt: So haben sich die Auftragseingänge in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres in etwa halbiert. Die Rohstahlproduktion ist seit Jahresbeginn um mehr als 30 Prozent, die Walzstahlproduktion sogar um 40 Prozent gesunken. 40.000 Beschäftigte in Deutschland befinden sich gegenwärtig in Kurzarbeit. Der Abschwung auf dem Stahlmarkt spiegelt den Einbruch in den wichtigsten Kundenbranchen wider, wie insbesondere in der Automobilindustrie, im Maschinenbau oder aber auch bei den Herstellern von Metallwaren.

Liquiditäts- und Finanzierungsprobleme multiplizieren die gegenwärtigen Marktprobleme. Auch wenn keine allgemeine Kreditklemme besteht, so belegen Umfragen doch, dass sich die Kreditvergabekonditionen insbesondere in der Metallwaren- und Automobilzulieferindustrie signifikant verschärft haben. Hinzu kommt, dass die Warenkreditversicherer ihre Ausfallgarantien für bestimmte Branchen - häufig ohne Einzelfallprüfung - gekürzt oder zum Teil gänzlich zurückgezogen haben. Das Ausfallrisiko wird damit zunehmend auf die Stahlhersteller und deren Abnehmer übertragen. Die industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland befinden sich auch aufgrund der Liquiditätsproblematik gegenwärtig in einer Schockstarre.

Die Rezession auf den Stahlmärkten ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern trifft alle Hersteller weltweit. Die globale Rohstahlproduktion sinkt seit September des vergangenen Jahres, wobei sich die Rückgänge seit Jahresbeginn beschleunigt haben. In vielen Ländern, darunter die Vereinigten Staaten, die EU insgesamt, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Japan oder auch Südamerika, ist die Kapazitätsauslastung auf langjährige Tiefstände abgesunken. Gegenwärtig ist noch unklar, welche Auswirkungen sich hieraus auf die internationalen Handelsströme ergeben werden.

II. Aufgaben der Politik in der aktuellen Krise aus Sicht der Stahlindustrie:

Die in Deutschland geschnürten Konjunkturpakete gehen in die richtige Richtung. Zumindest im europäischen Vergleich sind sie vom Volumen her ambitioniert und setzen zudem mit Steuer- und Abgabensenkungen sowie Investitionen in die öffentliche Infrastruktur richtige Schwerpunkte. Die Umweltprämie für den Automobilsektor zeigt sich immer mehr als ein wirksames Mittel, um im Unterschied zu traditionellen Instrumenten relativ rasch einen Nachfrageimpuls zu setzen.

Die Auswirkungen der Konjunkturprogramme auf den deutschen Stahlmarkt bleiben jedoch begrenzt. Dies insbesondere deshalb, da ein erheblicher Teil des kommunalen Investitionsprogramms auf Projekte mit vergleichsweise geringer Stahlintensität gerichtet ist. Unmittelbare Impulse für den Stahlmarkt dürften zwar aus der Umweltprämie sowie den Bundesverkehrsinvestitionen kommen. Ungeachtet dessen ist in diesem Jahr mit einem Rückgang der Marktversorgung in Deutschland in der Größenordnung von 20-25 Prozent zu rechnen. Auch im nächsten Jahr dürfte die Stahlkonjunktur vor dem Hintergrund der zurzeit vorliegenden Konjunkturprognosen weiterhin gedrückt sein.

Um den Abschwung auf dem Stahlmarkt in Deutschland nach unten zu begrenzen, sind weitergehende Maßnahmen erforderlich. Aus Sicht der Stahlindustrie beziehen sich diese vor allem auf die folgenden drei Handlungsfelder:

1. Kurzfristige Unternehmensfinanzierung sicherstellen

Mit dem Kredit- und Bürgschaftsfonds wurde ein wichtiges Instrument auf den Weg gebracht, um eine ausreichende Liquiditätsversorgung in der Wirtschaft sicherzustellen. Bei der Umsetzung geht es jetzt darum, Maßnahmen zielgenau zu fokussieren, ohne dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt und der in Rezessionen unumgängliche Prozess der Strukturbereinigung behindert wird. Zusätzlich sollten aus Sicht der Stahlindustrie jedoch weitergehende Maßnahmen zur Abmilderung der gegenwärtigen Liquiditätsprobleme geprüft werden:

- **Direktankauf kurzlaufender Schuldverschreibungen von Unternehmen** (z. B. Commercial Papers) durch die Europäische Zentralbank / Deutsche Bundesbank. Orientierung könnten hierbei die Erfahrungen geben, die in den Vereinigten Staaten, Japan und seit neuestem auch in Großbritannien mit diesem Instrument gemacht werden.
- **Übernahme der Risiken von Warenkreditversicherern durch Bürgschaften der öffentlichen Hand,** z. B. indem privaten Kreditversicherern die Möglichkeit gegeben wird, auf die Kredit- und Bürgschaftsfonds zurückzugreifen oder ein entsprechendes Absicherungsinstrument bei der KfW angesiedelt wird. **Verbesserung der Liquiditätsposition von Unternehmen im steuerlichen Bereich,** z. B. durch Abmilderung bei der Zinsschranke, die die Fremdfinanzierung verteuert und krisenverschärfend wirkt. Zur Liquiditätsverbesserung wäre auch zu prüfen, ob nicht die Abgabefristen für die USt-Voranmeldungen und - Vorauszahlungen verlängert bzw. die Sondervorauszahlungen für die Dauerfristverlängerung abgeschafft werden.

2. Sicherstellung eines Level Playing Field im internationalen Wettbewerb

Bestrebungen in Drittländern zur Marktabschottung durch tarifäre oder nichttarifäre Handelshemmnisse muss entschlossen entgegnet werden. Notwendig ist dies alleine schon vor dem Hintergrund der Erfahrungen der 30-er Jahre, als protektionistische Maßnahmen rund um den Globus die Weltwirtschaftskrise erheblich verschärft hatten. Demgegenüber ist zu beachten, dass der WTO-konforme Rückgriff auf „Trade Defense Instruments“ wie Antidumpingverfahren keine protektionistischen Mittel, sondern das von der WTO ausdrücklich zugelassene notwendige Korrektiv zur Wiederherstellung fairer Handelspraktiken sind. Hier erwartet die Stahlindustrie in Deutschland von der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten, den ihr zustehenden Schutz vor gedumpte bzw. subventionierten Einfuhren konsequent zu gewährleisten. Dazu gehört insbesondere eine schnelle Inkraftsetzung von Maßnahmen, was rechtlich bereits zwei Monate nach Eröffnung eines Verfahrens möglich ist.

Auch der Wettbewerb zwischen den EU-Stahlerzeugern muss unter fairen Rahmenbedingungen erfolgen. Im Zuge des Auslaufens des EGKS-Vertrages im Jahre 2002 haben sich die Stahlunternehmen der EU nicht ohne Grund für eine Beibehaltung der strengen Regeln bezüglich staatlicher Beihilfen und damit für eine endgültige Beendigung von Wettbewerbsverzerrungen durch stahlspezifische Subventionen ausgesprochen. An dieser Position hält die Stahlindustrie in Deutschland auch in der jetzigen Krisenzeit fest und lehnt eine Aufweichung der derzeit gültigen Beihilferegeln für die EU-Stahlindustrie ab.

3. Politische Rahmenbedingungen schaffen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in der Krise und danach

Auf den Stahlmärkten wird die Intensität des internationalen Wettbewerbs weiter zunehmen. Dies insbesondere auch deshalb, da die aktuelle Krise auf eine Phase trifft, in der auf den globalen Stahlmärkten in erheblichem Maße Kapazitäten aufgebaut werden. Obwohl die Stahlindustrie in Deutschland und Europa im internationalen Wettbewerb gut aufgestellt ist, können belastende politische Rahmenbedingungen in dieser Situation die Erholung des hiesigen Standortes zugunsten anderer Weltregionen behindern. Der gegenwärtig konjunkturell bedingte Rückgang könnte sich dann strukturell verfestigen.

Vor diesem Hintergrund sind wachstumsorientierte Rahmenbedingungen am Stahlstandort Deutschland noch dringlicher geworden. Dies bedeutet vor allem, dass übermäßige staatliche Belastungen auf den Verbrauch von Energie und Rohstoffen sowie Beschränkungen durch das Umwelt- und Genehmigungsrecht abzubauen oder zu vermeiden sind. Die Europäische Union muss insbesondere ihre klimapolitische Vorreiterrolle (z. B. zum Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls) neu überdenken. Die Stahlindustrie will sich ungeachtet der Krise nicht ihrer umwelt- und klimapolitischen Verantwortung entziehen, benötigt aber mehr denn je verantwortbare Lösungen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigen.

Um gestärkt aus der Krise hervorzugehen, ist es darüber hinaus notwendig, für die Stahlindustrie den Zugang zu dem Forschungsrahmenprogramm zu verbessern. Dies betrifft insbesondere den Abbau bürokratischer Förderstrukturen wie auch die Einbeziehung der Europäischen Industriepartnerschaften in die Förderschwerpunkte der Materialwissenschaften im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU.